



Manfred Groh

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Telefon: 0711 2063-985
Telefax: 0711 2063-14-985
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Karlsruher Straße 88
76139 Karlsruhe (Hagsfeld)

Tel. 0721/25519-95 / 96
Telefax: 0721/25519-97
E-Mail: mail@manfred-groh.de

Karlsruhe, den 03.09.2012

Pressemitteilung

Manfred Groh (CDU) fordert mehr Ehrlichkeit vom Verkehrsministerium, schlüssige Antworten und keine widersprüchliche Zwischenergebnisse.

Die jüngste Ankündigung des baden-württembergischen Verkehrs- und Infrastrukturministeriums (MVI), wonach sich der Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Karlsruhe und Wörth um Jahre verzögert, kommt für den Karlsruher CDU-Landtagsabgeordneten Manfred Groh wenig überraschend. „Inhaltlich liefert das Ministerium nichts Neues. Was als Verzögerungstaktik begann, endet nun als wahre Verhinderung. Hiermit schließt sich der Kreis. Ich freue mich auf die Ergebnisse aus der länderübergreifenden Arbeitsgruppe. Besonders gespannt bin ich dabei, ob es sich um Endergebnisse handeln wird oder ob es lediglich weitere Zwischenergebnisse sein werden. Feststeht, das Verfahren muss endlich abgeschlossen werden.“

Das MVI verstrickt sich nach Meinung von Groh allzu oft in Widersprüche und bleibt schlüssige Antworten schuldig. Dabei wird in einigen Fällen sogar mit zweierlei Maß gemessen. Deutlich wird dies zum Beispiel beim Landschaftsschutz, beim ÖPNV, beim Baugrund oder der Öffnung des Knielinger Pförtners. „Während das MVI beim Ausbau der Windenergie keinerlei Bedenken beim Landschafts- und Artenschutz hatte, wird bei der zweiten Rheinbrücke mit erheblichen Eingriffen in die Natur argumentiert. Ähnliches gilt beim ÖPNV. Frau Splett „wünscht“ sich, dass mehr Pendler auf die Schiene umsteigen. Der Faktencheck hat gezeigt, dass für eine Ausweitung des ÖPNV sowohl das Geld, als auch die Züge fehlen. Hinzu kommt, dass die Landesregierung derzeit mit einer drohenden Abbestellung von Zugkilometern im ganzen Land zu kämpfen hat. Mit Blick auf den Baugrund wird allzu gerne verschwiegen, dass die Grundstücke damals ausschließlich für den Bau der neuen Brücke aufgekauft worden sind. Am meisten interessiert mich aber wie das MVI glaubt, den Knielinger Pförtner öffnen zu können. Neben den wichtigen Sicherheitsaspekten würde unter Umständen

ein Ausbau der Brücke über die Rheinbrückenstraße erforderlich werden. Vor diesem Hintergrund habe ich bereits in der Landtagsdebatte zur Rheinbrücke am 18. Juli 2012 mehr Ehrlichkeit von der MVI-Führung angemahnt.“

Der Großteil der Gegenargumente ist nach Meinung des CDU-Landtagsabgeordneten nur vorgeschoben, wenn nicht gar abwegig. Wer darüber hinaus Unternehmen den Rat gibt, ihre Schichtzeiten so zu gestalten, dass eine einheitliche Entzerrung des Verkehrs erreicht wird, versucht mit neuen Sündenböcken vom eigenen Versagen abzulenken. Sich in die Aufgaben von Betriebsräten und Geschäftsleitung einzumischen, ist nicht Aufgabe des MVI. Feststeht für die MVI-Spitze, die Brücke soll nicht gebaut werden. Dieser Eindruck wird auch durch die Priorisierungslisten für Bundesfernstraßen und für Landesstraßen gestärkt.

Um wieder neuen Schwung in die festgefahren Situation zu bringen, hat Manfred Groh angekündigt mit Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Nils Schmidt erneut in einen Dialog zu treten. „Ich habe den Eindruck gewonnen, dass dort noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist“, so Groh abschließend.